

Anton Bösl

# **Simbabwe am Vorabend der Präsidentschafts- wahlen, oder: Machiavellis Meisterschüler**

**„It (the presidential election) is not like the June 2000 parliamentary elections, which was like a football game where I was the central striker. We will have a command center, unlike last year. This is war; this is not a game. You are the soldiers of ZANU-PF for the people. When we come to your province, we must see you ready as the commanders. When the time comes to fire the bullet, the ballot, the trajectory of the gun must be true.“** Präsident Robert Mugabe am 16. Dezember 2001 beim Sonderkongress der ZANU-PF in Victoria Falls. Vgl. *The Times* (UK), 17.12.2001.

Am 9./10. März finden in Simbabwe Präsidentschaftswahlen statt. Der derzeitige Präsident, Robert Mugabe (78) von der ZANU-PF, der das Land seit seiner Unabhängigkeit 1980 regiert, wird zum ersten Mal mit Morgan Tsvangirai (50) von der MDC von einem starken Oppositionskandidaten herausgefordert. Die MDC, die erst im September 1999 gegründet wurde und bei den Parlamentswahlen im Jahr 2000 fast die Hälfte der Wahlkreise eroberte, wird maßgeblich von den Gewerkschaften und weiten Teilen der Zivilgesellschaft unterstützt. Über den Monaten vor den entscheidenden Präsidentschaftswahlen schwebt nun ein Damoklesschwert, das bereits Dutzenden von Anhängern der Opposition das Leben gekostet hat und Präsident Mugabe und seinen Gefolgsleuten das politische Überleben kosten könnte. Die Wahlen werfen seit Monaten ihre blutigen Schatten mit politischen Morden an und Folter von Oppositionellen sowie zunehmender Repression gegenüber kritischen Stimmen der Zivilgesellschaft voraus. Sogenannte Kriegsveteranen des Befreiungskampfes (1972–1979), die offiziell den bewaffneten Flügel der Regierungspartei darstellen, verursachen mit (inoffizieller) Unterstützung der Regierung Anarchie im Lande. Sie werden neuerdings unterstützt von Tausenden von Rekruten des „National Youth Service“, arbeitsloser und vom Jugendministerium bezahlter Jugendlicher. Gemeinsam machen diese nun mittels Schlagstöcken Jagd auf Oppositionelle und morden, foltern, plündern und vergewaltigen unschuldige Zivilisten.

Durch ihre illegalen Straßensperren machen sie zahlreiche Teile des Landes für Weiße und Leute aus den Städten, die tendenziell die Opposition unterstützen, unzugänglich. Die von der Regierung kontrollierten Radio- und Fernsehsender verbreiten ausschließlich Propaganda und diffamieren die Opposition, weshalb unabhängige Berichterstattung nur durch die Printmedien (und das Internet) gegeben und massiven Repressionen ausgesetzt ist wie der Verhaftung von Journalisten oder der Zerbombung der Druckerei der einzigen unabhängigen Tageszeitung. Zugang zu kritischer Information ist weitgehend auf die urbanen Zentren beschränkt, wo nur ca. 30 Prozent der Bevölkerung leben. Die jüngsten Gesetze, die mit der Mehrheit der Regierungspartei im Schnellverfahren (und unter Aussetzung der parlamentarischen Geschäftsordnung teilweise in Sitzungen bis in die frühen Morgenstunden) durch das Parlament gepeitscht wurden, erinnern in weiten Teilen an das Reichsermächtigungsgesetz von 1933. Simbabwe's Parlament hat damit der Polizei fast uneingeschränkte Vollmachten gegeben, de facto einen Ausnahmezustand geschaffen und sich selbst auf die kosmetische Funktion reduziert, auch gegen das Volk gerichtete Gesetze mit dem Anschein demokratischer Legitimation zu verzieren. Nachdem alle kritischen Richter in den letzten Monaten aus dem Amt „gegangen“ wurden und die Judikative mit regierungstreuen Genossen „gleichgeschaltet“ wurde, darüber hinaus das Parlament sich selbst depotenzierte, kann von einem Gleichgewicht der demokratischen Kräfte (*checks and balances*) nicht mehr gesprochen werden. Fast alle Macht liegt nunmehr bei der Regierung, der Exekutive, insbesondere beim Präsidenten selbst, weshalb man von einer totalitären Diktatur sprechen kann. Die Regierung Simbawwes hat im Vorfeld der Wahlen alles (Un-)Mögliche getan, um eine Chance auf den Wahlsieg zu bewahren, der unter normalen Umständen laut Umfragen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit an die Opposition gehen würde.<sup>1)</sup> So wurden die Wählerregister systematisch gefälscht und laut Zeitungsberichten allein 15 000 Libysche Neuwähler registriert, während die im Ausland befindlichen ca. vier Millionen Simbabweer durch eine Gesetzesänderung ebenso ausgeschlossen werden wie die große Gruppe der jungen Neuwähler, die

1) Vgl. den Bericht der Helen Suzman Foundation, wonach (im Juni 2001) über 60 Prozent die Opposition unterstützen. Man fand heraus, dass bei freien und fairen (v.a. gewaltfreien) Parlamentswahlen 2000 die MDC zwischen 87 und 91 der 120 Sitze gewonnen hätte. Der Bericht findet sich im Internet auf: [www.hsf.org.za/focus24/zim-survey.pdf](http://www.hsf.org.za/focus24/zim-survey.pdf).

potenziell die Opposition wählen. Mittels eines neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes (Citizenship Act) vom Mai 2001, wonach doppelte Staatsangehörigkeit illegal ist, mussten viele einen Pass aufgeben und können folglich nicht wählen. Mehr als 5000 europäische, überwiegend britische Staatsangehörige gaben ihren simbabweschen Pass zurück. Die Zahl derer, die ihre simbabwesche Staatsangehörigkeit riskierten, weil sie malawischen, sambischen oder mosambikanischen Ursprungs sind, beläuft sich auf 1,5 Millionen, davon sind über 100 000 Farmarbeiter. Ein weiterer Versuch, die Wahl des Präsidenten wie die für das Parlament über die Wahlkreise zu organisieren und eine große Zahl der (tendenziell MDC-orientierten) Städter zur Wahl in ihren ursprünglichen ländlichen Regionen zu zwingen und damit faktisch von der Wahl auszuschließen, konnte in letzter Minute von der Opposition in einem gerichtlichen Eilverfahren abgewendet werden. Nachdem ein Gesetz vom Januar 2002 (Public Order and Security Act) unter anderem jeden Einwohner Simbabwes verpflichtet, ständig seinen Ausweis mit sich führen, konfiszieren nunmehr bewaffnete Milizen der National Youth Brigade dieses für die Wahlen erforderliche Dokument und schließen damit Tausende von den Wahlen aus.<sup>2)</sup>

2) Vgl. einen entsprechenden Artikel im *Zimbabwe Independent* vom 8. Februar 2002.

Die Beobachtung der Wahlen selbst wurde mittels einer Gesetzesergänzung (Amendments to the Electoral Act) im Januar 2002 einer Regierungskommission (Electoral Supervisory Commission, ESC) anvertraut, die ausschließlich Beamte und Staatsdiener (einschließlich Armee und Geheimdienst), die der Regierung loyal sein sollen, zu rekrutieren hat. Die Kommission hat jedoch weder die logistische noch die finanzielle Kapazität, die von ihr geforderte Aufgabe zu übernehmen, während die Kirchen und weite Teile der Zivilgesellschaft (zusammengeschlossen unter dem Zimbabwe Election Support Network, ZESN) in der Lage wären, diese Dienstleistung zu erbringen, jedoch bisher nicht die Erlaubnis hierfür erhielten. Internationale Wahlbeobachter der EU versuchte man verzweifelt fernzuhalten und riskiert nunmehr Sanktionen der EU, wenn man sie (auch ohne die offizielle Einladung) nicht ungehindert arbeiten lässt.

Noch im Dezember 2001 rieten im Vorfeld des Sonderkongresses der ZANU-PF in einem vertrauli-

chen Treffen die Armeegeneräle einem erzürnten Mugabe, nicht für die Wahlen zu kandidieren und einem jüngeren Genossen eine Chance zu geben. Die dadurch gestörte Beziehung zu den Militärs wurde durch eine 100-prozentige Gehaltserhöhung für Armee<sup>3)</sup> und Polizei ab Januar 2002 zu verbessern versucht.<sup>4)</sup> Die Armeegeneräle verlautbarten daraufhin in einer Pressekonferenz,<sup>5)</sup> dass sie nur einem Präsidenten loyal sein können, der sich Meriten im Befreiungskampf erworben hat, also de facto nur Mugabe. Das Statement der Armeegeneräle, das angeblich aus dem Informationsministerium stammte, wurde von vielen als Drohung eines Staatsstreichs interpretiert, wonach Mugabe, als Präsident derzeit Oberbefehlshaber der Armee, bei einem Wahldebakel mit Hilfe der Militärs weiterregieren wolle. Durch das Statement wurde jedoch eine kaum erwartete Welle nationaler und internationaler Reaktionen hervorgerufen. Gerade die Nachbarländer Mosambique und Südafrika machten deutlich, derartiges nicht zu tolerieren und Südafrika konzentrierte daraufhin Truppen an seiner Grenze zu Simbabwe. Wie nach dem Zünden einer Leuchtrakete war anschließend das Schlachtfeld hell erleuchtet und klar, wie weit die einzelnen Akteure zu gehen bereit sind. Die Tatsache, dass 10000 Soldaten im Januar in Urlaub geschickt worden sind, um in ihren Dörfern für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen, wurde als *slow motion coup d' état*<sup>6)</sup> interpretiert, könnte aber auch bedeuten, dass diese nicht für eine spontane Militäraktion zur Verfügung stehen können.

Betrachtet man das gesamte Szenario vor den Wahlen, so kommt man zu der Schlussfolgerung, dass der Zweck und Versuch der Regierung, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, offensichtlich jegliches Mittel heiligt, auch wenn dies zu Chaos und Anarchie im Lande mit Morden und Vergewaltigungen, einer Hungersnot und internationaler Isolation führte. Damit scheint Machiavelli in Simbabwe afrikanische Meisterschüler gefunden zu haben. Ob diese tatsächlich zum Äußersten gehen und selbst vor einem Krieg gegen die Mehrheit der Bevölkerung nicht zurückschrecken würden, das scheint die entscheidende Frage vor den Wahlen zu sein. Und damit verbunden ist die Frage nach der Loyalität bzw. Professionalität der Armee und der Polizei, jeder demokratisch ge-

- 3) Die offizielle Truppenstärke der Armee wird mit 51 000 Mann angegeben. Die Streitkräfte (Zimbabwe Defence Forces) unter General Zvinvashe setzen sich zusammen aus der Armee (Army) mit Generalleutnant Chiwenga und der Luftwaffe (Air Force) unter Air Marshall Perence Shiri, dem ehemaligen Kommandanten der sogenannten 5. Brigade, die die Operationen im Matabeleland (Gukurahundi) leitete, bei denen ca. 20000 Menschen ums Leben kamen.
- 4) Die Polizei erhält ab März 2002 eine zusätzliche Gehaltserhöhung von 13 Prozent, wodurch die bis vor kurzem schlechtest bezahlten zu den bestbezahltesten Staatsbeamten gehören.
- 5) Vgl. den Wortlaut: *The Daily News* vom 10. Januar 2002.
- 6) „On the eve of the presidential poll, we are now actually in the concluding phase of what is virtually a slow motion coup d' état.“ Prof. Mukonweshuro, Universität Zimbabwe, bei einer Veranstaltung der Royal Commonwealth Society in London, vgl. *The Standard* (Zimbabwe), 3. Februar 2002.

wählten Regierung zu Diensten zu stehen. Werden diese bei einem Sieg oder bei drohenden Massendemonstrationen im Falle eines von der Regierung „gestohlenen“ Wahlsieges der Opposition ein Blutbad und potenziell einen Bürgerkrieg in Kauf nehmen? Und werden die Simbabwe, die es gelernt haben, Repressalien, Willkür und Unterdrückung durch ihre politische Elite geduldig zu ertragen, sich gegen ihre Tyrannen erheben? Wie werden die Nachbarländer, allen voran Südafrika, bei einer Eskalation reagieren? Simbabwe wird zum Testfall, wie Afrika seine eigenen Probleme löst.<sup>7)</sup>

7) Vgl. den Bericht der International Crisis Group: „All bark and no bite? The international response to Zimbabwe's Crisis“, *ICG Africa Report* No 40, 25 January 2002.

### ■ **Simbabwe im 22. Jahr seiner Unabhängigkeit**

Simbabwe ist nach einem turbulenten vergangenen Jahr zu Beginn 2002 an einem Tiefpunkt seiner Geschichte angelangt. In politischer, wirtschaftlicher wie in sozialer Hinsicht befindet sich Simbabwe in einer der prekärsten Situationen seiner unabhängigen Geschichte und der schwersten wirtschaftlichen Krise, die als Staatsbankrott bezeichnet werden kann. Das einstige afrikanische Musterland mit politischer und sozialer Stabilität, mit positiver Wirtschaftsentwicklung (aufgrund ausgezeichneter und diversifizierter ökonomischer Infrastruktur), relativer Unabhängigkeit der Justiz, guter sozialer Infrastruktur (HDI-Index, Bildungsniveau, Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung, Zugang zu Trinkwasser etc.) nimmt heute in vielerlei Hinsicht nur noch einen hinteren Platz ein. Als einstige Kornkammer Afrikas ist Simbabwe in diesem Jahr erstmals auf Nahrungsmittelimporte und internationale Hilfslieferungen angewiesen und erlebt derzeit eine Hungersnot, die bereits in ihrem Anfangsstadium im Januar 2002 ca. zwei Millionen Simbawwer betrifft. Die Gründe hierfür sind sowohl in den politischen Entwicklungen des vergangenen Jahres zu suchen, haben aber auch mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu tun, die das Land seit seiner Unabhängigkeit vor 22 Jahren prägen. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die derzeitige wirtschaftliche Katastrophe eine Folge der politischen Krise ist und nicht umgekehrt wirtschaftliche Probleme zu einer politischen Krise führten. Jahrelanges politisches Missmanagement sowie die Vernachlässigung elementarer Probleme, allen

voran der ungleichen Verteilung fruchtbarer Farmlandes, führen nach über 20 Jahren Unabhängigkeit in Simbabwe zu seiner schwersten Krise, die ein gravierendes Versagen der politischen Klasse markiert. Bevor auf die aktuellen wirtschaftlichen Probleme eingegangen wird, sollen daher das politische System Simbawwes und wichtige politische Entwicklungen des letzten Jahres skizziert werden.

### ■ **Das politische System Simbawwes**

Laut seiner Verfassung ist Simbabwe eine präsidentiale Republik mit einem Ein-Kammer-Parlament. Robert Mugabe ist seit 1980 Regierungschef und hat dieses Amt in einer Verfassungsänderung 1988 mit dem des Staatspräsidenten auf sich vereinigt. Während das Parlament alle fünf Jahre gewählt wird, steht sein Amt nach sechs Jahren zur Wahl an. In insgesamt 16 Verfassungsänderungen wurde das Amt des Präsidenten zu dem eines unumschränkten und autokratischen Quasi-Monarchen umfunktioniert. So kann er jederzeit das Parlament auflösen, hat ein Vetorecht gegen jeden Gesetzesentwurf und kann mittels präsidentialer Dekrete, die 181 Tage Geltung haben und beliebig wiederholbar sind, ohne Parlament regieren. Simbawwes Präsident, der auch Oberbefehlshaber der Armee ist, kann Gesetze außer Kraft setzen, und Gerichtsurteile können von ihm durch präsidentielle Pardons übergangen werden. Die Legislative ist aufgrund der starken Position der Exekutive marginalisiert. Hinzu kommt, dass das Parlament, in dem bis zum Jahr 2000 de facto nur eine Partei vertreten war (Zimbabwe African National Union – Patriotic Front – ZANU-PF), zu einem Organ degradiert wurde, welches lediglich die Entscheidungen des Politbüros der Partei absegnen durfte.

Schließlich waren die Jahre 1980 bis 1990 vom politischen Willen geprägt, einen Ein-Parteien-Staat einzuführen und die Grenze zwischen Partei, Politik, Staat und Zivilgesellschaft zu verwischen. Die zweite große Partei, ZAPU-PF (Zimbabwe African People's Union – Patriotic Front) unter Joshua Nkomo, welche gerade die regionalen Interessen des Süd-Westens des Landes (Matabeleland) vertrat, wurde nach brutalen Militäraktionen, bei denen nach vorsichtigen Schätzungen 20000 Menschen ums Leben kamen,

1987 schließlich der sozialistischen Einheitspartei ZANU-PF einverleibt. Zynischerweise benannte die Regierung diesen Akt als Unity Accord (Abkommen der Einheit, 22.12.1987). Erst 1990 verzichtete das Politbüro der ZANU-PF auf das Ziel, einen Ein-Parteien-Staat einzuführen. Dies bedeutete aber keineswegs, anderen politischen Parteien eine faire Chance zu geben. Gerade die Parlamentswahlen des Jahres 2000 zeigten das Instrumentar, mit dem die politische Nomenklatura an der Macht zu bleiben wusste (Mord, Vergewaltigung, massive Einschüchterungskampagnen, Medienmonopolisierung). Hinzu kommt, dass de jure zwar ein Mehrparteiensystem gegeben ist und bei den Wahlen der letzten Jahre immer zahlreiche Parteien antraten. Doch Simbabwe parlamentarisches Repräsentationsprinzip, das einem (dem britischen Modell angelehnten) Mehrheitswahlrecht folgt, favorisiert de facto ein Zwei-Parteien-System. So genügt die einfache Mehrheit in einem Wahlkreis für ein parlamentarisches Mandat. Gravierende Stimmenunterschiede in den Wahlkreisen, die auf nationaler Ebene zu einer Disproportion von Stimmen- und Mandatsanteil führen können, schlagen sich somit nicht auf die Zusammensetzung des Einkammer-Parlamentes nieder. So hat bei den Parlamentswahlen 1990 das Zimbabwe Unity Movement (ZUM) 17 Prozent der Stimmen gewonnen, war aber lediglich mit drei Sitzen im Parlament vertreten, was 2,5 Prozent der 120 Sitze entspricht. Auch bei den Parlamentswahlen 2000 zeigte sich erneut die Problematik des Wahlsystems. Die Oppositionsparteien haben insgesamt mehr Stimmen (51,4 Prozent) erhalten als ZANU-PF (48,6 Prozent), errangen jedoch vier Sitze weniger als diese. In einem stimmenbasierten Verhältniswahlrecht hätten die Oppositionsparteien mehr Sitze als ZANU-PF, welche die Regierung bildete. In oppositionellen Kreisen wurde daher die Forderung nach einem neuen Wahlrecht mit mehr proportionaler Repräsentation deutlich artikuliert. Was die Zusammensetzung des Parlamentes betrifft, so muss erwähnt werden, dass der Präsident laut Verfassung 20 Mitglieder frei ernennen kann. Diese setzen sich aus den acht von ihm eingesetzten Provinzgouverneuren und weiteren zwölf von ihm persönlich zu ernennenden Personen zusammen. Der Rat der Stammesführer kann ferner zehn Vertreter in

das insgesamt 150 Personen umfassende Parlament entsenden. Da der Präsident nur ihm opportune Günstlinge ernannt, wird auf diese Weise die Legislative erneut geschwächt und kann als keineswegs mit der Exekutive gleichrangig bezeichnet werden. Mit der Möglichkeit, 20 Parlamentarier zu ernennen (im Übrigen ein Relikt der Lancaster-House-Verfassung, das 20 Weißen bis 1988 eine Vertretung im Parlament sicherte), hat Präsident Mugabe auch die Möglichkeit, Minister ohne Parlamentsmandat zu ernennen, was er in sieben Fällen praktizierte. Derzeit gibt es 19 Ministerien (hinzu kommen drei Minister im Präsidialamt), denen zwölf (Portfolio-)Komitees im Parlament gegenüberstehen, die die Arbeit der entsprechenden Ministerien kritisch begleiten sollten, was faktisch erst seit den letzten Parlamentswahlen vom Jahr 2000 auch geschieht.

### ■ Die Verfassungsreform

Während die Regierung eine Debatte um eine neue Verfassung für keine Priorität hält, veranstaltete die von den meisten Teilen der Zivilgesellschaft unterstützte verfassungsgebende Versammlung (NCA) zahlreiche Informations- und Diskussionsveranstaltungen, um noch vor den Präsidentschaftswahlen 2002 einen neuen Verfassungsentwurf vorzustellen und zu verabschieden. Er soll die sogenannte Lancaster House-Verfassung, benannt nach dem Ort der Friedensverhandlungen von 1979 (zwischen der damaligen Regierung von Ian Smith und Vertretern von ZANU-PF und ZAPU), ersetzen. Am 29. September 2001 wurde schließlich in Harare dieser Verfassungsentwurf als Ergebnis langjähriger Überlegungen vorgestellt. Als wichtigste Änderungen zur alten Verfassung werden konkret vorgeschlagen:

1. Die Amtszeit des Präsidenten soll von sechs auf fünf Jahre gekürzt werden, eine Wiederwahl soll nur einmal möglich sein.
2. Das Amt des derzeitigen Exekutiv-Präsidenten soll aufgegeben werden, stattdessen soll ein Premierminister (wie bis 1988) die Regierungsgeschäfte lenken, ein Staatspräsident repräsentative Aufgaben erfüllen.
3. Die Rahmenbedingungen für ein Mehrparteiensystem mit freien und fairen Wahlen sollen garantiert werden.

4. Die 20 Parlamentssitze mit Ernennung sollen aufgegeben werden.

Folgende Aspekte wurden diskutiert, aber nicht verabschiedet, sondern einer weiteren nationalen Debatte empfohlen:

1. Die Todesstrafe, die es offiziell in Simbabwe nach wie vor gibt (vgl. Artikel 12 der Verfassung), wenngleich nicht häufig ausgeführt<sup>8)</sup>.
2. Abtreibung, die rechtlich nicht geregelt ist.
3. (Homo-)Sexuelle Praxis, deren Ausübung in Simbabwe ein kriminelles Vergehen darstellt und mit bis zu zwei Jahren Haft belangt wird, die allerdings erst in einem Fall, nämlich dem des ehemaligen Staatspräsidenten Canaan Banana (1980 bis 1988), im Jahr 1998 zur Anwendung kam.

Obschon dieser Verfassungsentwurf einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung bedeutet mit stärkeren Kontrollmechanismen (*checks and balances*), der Stärkung der Legislative sowie einer Abkehr vom Typ der Westminster-Demokratie, hin zu einem faktischen Mehr-Parteien-System, wird dieser Entwurf wohl nur nach einem Regierungswechsel jemals in Betracht gezogen werden. Schließlich betrieb die ZANU-PF Regierung eine eigene Verfassungskommission (Constitutional Commission, CC), die von 1999 bis 2000 einen Vorschlag erarbeitete, der im Referendum vom Februar 2000 jedoch von der Bevölkerung abgelehnt worden ist.

## ■ Das Parlament und seine Parteien

Im Parlament von Simbabwe sind derzeit drei Parteien vertreten. Die kleinste von ihnen (Zanu-Ndonga) ist eine regionale Partei, die nur einen Vertreter ins derzeitige Parlament (vorher drei) entsenden konnte. Die eigentlichen Protagonisten sind die ZANU-PF und MDC.

Die ZANU-PF wurde 1963 gegründet und ist seit 1980 Regierungspartei.<sup>9)</sup> Ihr Aufbau ist strukturell dem der Staatspartei der ehemaligen DDR, der SED, ähnlich und kennt als oberstes Entscheidungsgremium das Politbüro mit 55 Mitgliedern, einem Generalsekretär (Robert Mugabe), insgesamt 22 Sekretariaten und 33 gewöhnlichen Mitgliedern sowie einem Zentralkomitee. Ideologisch handelt es sich um eine sozialistische Partei, deren heute graise Führung

8) Die Todesstrafe wurde in Simbabwe bisher wohl nicht aus politischen Gründen, sondern wegen Mordes, Vergewaltigung und bewaffneten Raubes ausgeführt. Die offizielle Statistik verzeichnet folgende Fälle: 1988 (7), 1995 (2), 1996 (11), 1998 (6) und 2001 (3). Die letzte Exekution fand am 5. Oktober 2001 statt.

9) Vgl. die Selbstvorstellung der Partei auf: [www.zanupfpub.co.zw](http://www.zanupfpub.co.zw).

während des Kalten Krieges in Moskau, Peking, Warschau und Belgrad ausgebildet wurde und bis 1990 die Etablierung eines Ein-Parteien-Staates offiziell – de facto bis heute – anstreben. Unterstützung erhält die Partei fast ausschließlich von Simbabwe größtem Stamm, der Shonas, die in den Mashonaland-Provinzen, dem Kernland Simbawwes angesiedelt sind. Trotz des Abkommens der Einheit (Unity Accord, 1987) der Shona-basierten ZANU-PF mit der Ndebele-basierten ZAPU-PF, findet die ZANU-PF bis heute keinen signifikanten Rückhalt in der Bevölkerung des Matabelelandes. Die zugefügte Wunde der systematischen Ermordung von ca. 20000 Menschen durch die von Mugabes Regierung eingesetzte Fünfte Brigade, bei der fast jede Familie Angehörige verlor, ist bis heute nicht richtig verheilt.<sup>10)</sup> Da es bis zum Jahr 2000 keine nennenswerte Opposition gab und man gelassen das Land regieren und mittels kleptokratischer Selbstbereicherung ruinieren konnte, kam starker Gegenwind erst in einem Referendum um eine neue Verfassung und anschließenden Parlamentswahlen auf, bei der ZANU-PF fast die Hälfte der Wahlkreise verlor. Sichtlich nervös ob der neuen und unerwarteten Situation unternahm die Partei größere Umstrukturierungsmaßnahmen im Jahr 2001. Unliebsame und kritische Stimmen wie die von Eddson Zvobgo aus der Provinz Masvingo im Süden des Landes, der von 1980 bis 2000 ununterbrochen Minister und Kronjurist der Partei war, wurden ohnehin schon bei der Kabinettsbildung im Vorjahr kalt gestellt. Neue Provinzfürher wurden eingesetzt und die Stellung der Kriegsveteranen innerhalb der Parteiführung gestärkt, ihre Stimmen wurden unüberhörbar. Die massive Umstrukturierung der Partei wurde von einem jungen Aufsteiger, dem erst 36-jährigen Jugendminister Border Gezi, durchgeführt, der viele altgediente Genossen mit seinen Aktionen brüskierte und bei einem sog. Autounfall im April 2001 ums Leben kam. Der für die Entsendung der 11000 simbabweischen Soldaten in die Demokratische Republik Kongo (DRC) offiziell verantwortliche und zunehmend selbstkritische Verteidigungsminister Moven Mahachi starb im Mai 2001 ebenso an einem sog. Autounfall. Im Juni 2001 verloren die Kriegsveteranen mit Chenjerai Hunzvi, der sich selbst den Beinamen „Hitler“ gegeben hat, ihren Führer und Vertre-

10) Vgl. den Bericht hierzu: „Breaking the Silence: Building True Peace: A Report on the Disturbances in Matabeleland and the Midlands: 1980–1988“, edited by the Catholic Commission for Justice and Peace in Zimbabwe and the Legal Resources Foundation, Harare (reprint) 2001.

ter im Parlament, offiziell wegen Malaria. Dadurch wurden nicht nur Nachwahlen für das Parlament, bei denen ZANU-PF ihre Sitze wiedergewinnen konnte, sondern auch eine Kabinettsumbildung notwendig. Neuer Verteidigungsminister wurde mit Sydney Sekeramai einer der engsten Vertrauten des Präsidenten, der seitdem verantwortlich ist für die Beteiligung an der sog. Friedensmission Simbabwe im Kongo. Einem offiziellen Bericht der UN zufolge handelt es sich jedoch bei dem Einsatz weniger um eine politische Stabilisierung, sondern um eine großangelegte Plünderung der immensen Gold- und Diamantenvorkommen des Landes, wodurch sich vor allem Simbabwe bzw. Mitglieder seiner Regierung und die Regierungspartei selbst massiv bereichern.<sup>11)</sup> Das Jugendministerium wurde Elliot Manyika übertragen, dessen signifikantester Beitrag es ist, Tausende von jugendlichen Arbeitslosen aus den Dörfern in einem sog. „National Youth Training Center“ militärisch und ideologisch zu trainieren. Derzeit werden sie mit Steuergeldern dafür belohnt, dass sie in kleinen Gruppen mit Schlagstöcken Hatz auf die Zivilbevölkerung machen, bereits Dutzende (mutmaßliche) Anhänger der Opposition umbrachten, systematisch Mädchen vergewaltigen und sie dadurch in vielen Fällen mit der tödlichen Immunschwäche Aids infizieren. Agierten diese Kader bis Ende 2001 nur auf dem Land, verunsichern sie mittlerweile auch die Städte und wollen die potenziellen Anhänger des MDC einschüchtern. Eine weitere nennenswerte Neubesetzung im Kabinett war die von Herbert Murerwa als Handelsminister. Sie war notwendig geworden, weil der parteilose und als Technokrat apostrophierte Nkosana Moyo die Regierungspolitik nicht mehr mittragen, konkret die gewaltsamen Besetzungen von Firmen und Farmen durch die Kriegsveteranen nicht mehr ertragen konnte, zurücktrat und förmlich über Nacht – um sein Leben fürchtend – ins Ausland floh.

Die größte politische Herausforderung der ZANU-PF seit 1980 ist das erst im September 1999 gegründete MDC, das Movement for Democratic Change.<sup>12)</sup> Es handelt sich hier weniger um eine homogene Partei, sondern – wie der Name sagt – eher um eine Bewegung, die das Ziel der politischen Veränderung vereint. Ihr Vorsitzender und weite Teile der Führung stammen aus den Gewerkschaften, von

11) Vgl. den Bericht des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (Nummer S/2001/1072) vom April 2001 zur illegalen Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und anderen Formen von Reichtum in der Demokratischen Republik Kongo.

12) Vgl. die Homepage der Partei: [www.mdczimbabwe.com](http://www.mdczimbabwe.com).

denen das MDC auch massive Unterstützung erfährt. Darüber hinaus schart es fast jede regierungskritische Stimme um sich und wird häufig in einem Atemzug genannt mit der NCA, die als Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organe einen zur Regierung alternativen Verfassungsvorschlag erarbeitete. Die MDC, die noch mit 55 Sitzen im Parlament vertreten ist,<sup>13)</sup> versteht sich als sozialdemokratische Partei und hat im Jahr 2001 programmatische Policy-Entwürfe angenommen zu den Themen: Aids, Bildung, Gesundheit, Land, Kommunalpolitik, Frauen. Ein „Economic Recovery Programme“ soll das Land nach einem erhofften Wahlsieg wirtschaftlich sanieren. Das größte Problem, mit dem das MDC konfrontiert wird, ist der übermächtige Staatsapparat und die von ihm ausgehende Gewalt gegen ihre Mitglieder. Laut offiziellen Angaben eines Menschenrechtsforums wurden 2001 mindestens 41 (und fast ausschließlich an Oppositionellen begangene) politisch motivierte Morde registriert, 307 Entführungen (viele der Betroffenen sind bis heute vermisst), 2100 Fälle von Folter, fast 1000 Fälle von gesetzeswidrigem Gewahrsam.<sup>14)</sup> Selbst Mitglieder des Parlaments konnten sich dem nicht entziehen, wurden verprügelt, entkamen Mordversuchen, ihre Häuser wurden geplündert und niedergebrannt. Mehrere Mordversuche bis hin zu einem Bombenattentat auf den Parteipräsidenten schlugen fehl. Die Polizei, die mit den Kriegsveteranen und zuletzt auch mit der „National Youth Brigade“ eine Unheilige Allianz bildet, muss als unprofessionell und parteiisch bezeichnet werden. Nichtsdestotrotz gewann das MDC im Mai 2001 die Bürgermeisterwahlen in Masvingo, einer der großen Provinzhauptstädte und ehemaliger Hochburg der ZANU-PF, und in Bulawayo, der zweitgrößten Stadt des Landes, im September 2001 (mit 60988 gegen 12783 Stimmen). In zahlreichen kleineren Kommunen wie in Chegutu gewann das MDC die Bürgermeisterwahlen und stellt in vielen Dörfern die Stadträte. Die seit 1999 überfälligen Bürgermeisterwahlen in Harare und Chitungwiza, die Hochburgen der Opposition sind, werden vom entsprechenden Minister vertagt durch die gesetzeswidrige Einsetzung von Interimskommissionen. Trotz entsprechender Gerichtsurteile, die überfälligen Wahlen vor dem 11. Februar 2002 abzuhalten, unternimmt die Regierung

13) Ursprünglich war die Partei mit 57 Sitzen im Parlament vertreten, verlor in Nachwahlen jedoch zwei Sitze an die Regierungspartei.

14) Vgl. den im Internet u.a. unter [www.zwnews.com](http://www.zwnews.com) veröffentlichten Bericht des Human Rights Trust 2001.

derzeit alles, um die Wahlen nicht vor den Präsidentschaftswahlen (9./10. März) stattfinden zu lassen. Ein erdrutschartiger Sieg des MDC in diesen Städten wäre für die ZANU-PF der psychologisch denkbar ungünstigste Auftakt des Präsidentschaftswahlkampfes.

In beeindruckender Weise hat es die Opposition innerhalb kurzer Zeit geschafft, sich als Partei ein Programm und eine stabile Infrastruktur zu geben. Kleinere interne Querelen wurden mittels eingesetzter Schlichtungskommissionen sauber gelöst. Die Partei steht vor den Wahlen, anders als die ZANU-PF mit zahlreichen Fraktionen und internen Friktionen, geschlossen hinter ihrem Präsidenten. Sollte die Opposition diese Wahlen nicht gewinnen, wird sie es sehr schwer haben, dem massiven Druck der Regierung bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2005 standzuhalten. Einige Analysten gehen so weit zu sagen, es gehe bei den anstehenden Wahlen für das MDC um alles oder nichts, es sei ein Kampf um Leben oder Tod. Ob tatsächlich das MDC den langen Atem hat, über Jahre hinweg Oppositionspolitik zu betreiben, ist fraglich und der mörderische Druck möglicherweise zu groß – auch für viele Gruppen der Zivilgesellschaft.

Mit der Mehrheit der Regierungspartei passierten einige Gesetze in 2001 und im Januar 2002 das Parlament, die darauf ausgerichtet waren, die Oppositionspartei MDC und die Zivilgesellschaft zu schwächen. So wurde es allen Parteien verboten, finanzielle Unterstützung aus dem Ausland anzunehmen (Political Parties [Finance] Act vom April 2001). Eine angebliche Parteispende von Libyens Staatschef Gaddhaffi an die Regierungspartei wurde jedoch nicht geahndet, während das Finanzgebaren der Oppositionspartei streng observiert wird. Der Broadcasting Services Act (April 2001) stärkte das Monopol der von der Regierung kontrollierten nationalen Radio- und Fernsehanstalt, indem Lizenzen an unabhängige Körperschaften extremen Auflagen unterliegen, die faktisch kommerzielle Konkurrenz nicht zulassen, da z.B. Lizenzen nur für ein Jahr ausgegeben werden und ausländische Finanzierung verboten ist. Mit dem Public Order and Security Act (Januar 2002) wurde offiziell der koloniale „Law and Order (Maintainance) Act“ von 1961 ersetzt. Nach diesem Gesetz kann man für

Äußerungen, die öffentliche Unordnung hervorrufen oder die wirtschaftlichen Interessen Zimbabwes negativ beeinträchtigen, mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden. Negative Äußerungen über den Präsidenten werden mit bis zu einem Jahr Haft bestraft. Jegliche (auch private) Treffen, die den Frieden und die öffentliche Ordnung stören, können mit bis zu zehn Jahren Haft bestraft werden. Nunmehr muss jedes sog. öffentliche (auch spontane) Treffen, das aus mindestens zwei Personen besteht, mindestens vier Tage vorher der Polizei gemeldet werden und sieht bei Missachtung eine Strafe von bis zu sechs Monaten Haft vor. Ausnahmen bilden Treffen religiöser oder professioneller Natur, gemeinsame Essensveranstaltungen u.ä., nicht aber, wenn sie von Organisationen politischer Natur organisiert oder finanziert werden. Bei Demonstrationen und Massenkundgebungen dürfen die diensthabenden Polizisten nunmehr von der Schusswaffe Gebrauch machen und können juristisch für die Tötung von Demonstranten nicht belangt werden. Gerade unter diesem neuen Gesetz ist es der Opposition äußerst erschwert, einen effektiven Wahlkampf zu führen, ohne die Anhänger zu gefährden. Die ersten Mitglieder des Parlaments wurden unter diesem Gesetz bereits verhaftet.<sup>15)</sup> Die sog. Access to Information Bill passierte zwar nach heftigen Kontroversen Ende Januar 2002 das Parlament, wurde vom Präsidenten aber (wohl wegen heftiger internationaler Proteste) noch nicht unterschrieben. Sie sieht vor, dass Journalisten eine Lizenz benötigen, die von einer Regierungsstelle ausgestellt wird. Regierungskritische Berichterstattung wird mit Haftstrafen von bis zu einem Jahr geahndet.<sup>16)</sup>

## ■ Die Judikative

Das Rechtssystem Simbabwes ist zum einen von traditionellem Stammes-Recht geprägt, das in den sog. Community Courts und den Chiefs Courts auf den Dörfern angewandt wird. Das offizielle Rechtssystem, das sog. „Roman-Dutch-Law“ stammt noch aus kolonialen Zeiten und ähnelt dem südafrikanischen Rechtssystem. Es kennt als oberstes Gericht das Supreme Court, dann das High Court und zahlreiche Magistrate Courts. Das Supreme Court ist das höchste Gericht des Landes und beschäftigt sich mit allen Fällen und Verfahren, die vom High Court an es

15) Vgl. entsprechende Zeitungsartikel vom 8. Februar 2002 in: *The Herald* und *The Daily News*.

16) Gesetzestexte finden sich für gewöhnlich auf der Homepage des Parlaments unter: [www.parlzim.gov.zw](http://www.parlzim.gov.zw).

verwiesen werden. Dem High Court gehören derzeit 22 Richter, dem Supreme Court offiziell acht, derzeit nur sechs Richter an. Im Jahr 2001 gab es einige signifikante Veränderungen innerhalb der beiden entscheidenden Gerichte, dem High und dem Supreme Court, die als politische Einflussnahme der Regierung bezeichnet werden müssen. So wurde Chief Justice Anthony Gubbay, der oberste Richter des Landes, nach einer Kritik an der sog. Landreform der Regierung im März 2001 zum Rücktritt „bewogen“, indem man andeutete, dass man keine Sicherheit für dessen Leib und Leben mehr garantieren könne (was einer Morddrohung gleichkam). Frustriert und unter Druck zogen sich wenige Wochen später die Richter James Devitte und Michael Gillespie zurück. Nachdem Nicholas McNally wegen Erreichen der Altersgrenze sich vom Richteramt zurückzog, sind nur noch zwei weiße Richter in obersten Landesgerichten (beide im High Court) vertreten. Stattdessen wurden mit Godfrey Chidyausiku und drei weiteren Juristen Richter ernannt, die bekanntermaßen der Regierungspartei nahe stehen und von denen keine konträren Gerichtsurteile zu erwarten waren. Durch die Veränderungen in 2001 kann nunmehr mitnichten von einer unabhängigen Gerichtsbarkeit in Simbabwe gesprochen werden, was auch die International Bar Association, eine weltweit organisierte Vereinigung von Richtern, als Anlass zu heftiger Kritik genommen hat.

### ■ Die wirtschaftliche Entwicklung in 2001

Die wirtschaftliche Misere, die bereits im Jahr 2000 besorgniserregende Form annahm, beschleunigte sich dramatisch in 2001, so dass man heute von einem de facto-Staatsbankrott sprechen kann. Politische Gründe hierfür sind u.a. das sog. Landreformprogramm, die militärische Intervention in der DR Kongo und grassierende Korruption. Da die Regierung ihren internationalen Schuldendienst zu bedienen nicht in der Lage bzw. bereit ist, wurden bereits seit Mai 2000 keine internationalen Kredite durch IWF und Weltbank vergeben. Die Auslandsverschuldung beläuft sich auf 4,5 Milliarden US-Dollar<sup>17)</sup>, die Inlandsverschuldung wird insgesamt mit über 83 Milliarden Zimbabwe-Dollar von der Zentralbank ange-

17) Nicht eingerechnet sind die Kredite (in Form von unbezahlten Öllieferungen), die Libyen an Simbabwe vergeben hat, und deren genaue Höhe nicht offiziell bekannt ist.

geben. Das Haushaltsdefizit in 2001 belief sich auf über 40 Prozent der Gesamtausgaben (in 2000 „nur“ 15 Prozent); die Steuereinnahmen waren deutlich geringer als erwartet, nachdem die hiesigen Finanzbehörden (Zimbabwe Revenue Authority) ein neues Steuereintreibungssystem einführten, das von Experten als unbrauchbar bezeichnet wird und noch mehr Korruption ermöglicht.

Die militärische Intervention in der DR Kongo kostet Simbabwe Staatshaushalt täglich ca. eine Million US-Dollar, während im Gegenzug einige Politiker schwindelerregende Summen aus dem Diamantengeschäft erhalten. Auf dem Korruptionsindex, den Transparency International jährlich erstellt, fiel Simbabwe wegen zunehmender Korruption in allen Bereichen von Rang 45 auf Rang 65 von 91 berücksichtigten Ländern ab.<sup>18)</sup> Der dadurch verursachte wirtschaftliche Schaden kann nicht beziffert werden.

Der Wechselkurs, den die Regierung mit 55 : 1 von Zimbabwe-Dollar gegenüber US-Dollar im August 2000 fixiert hat, steht heute einem Parallelmarktkurs von derzeit 330 : 1 gegenüber. Im zweiten Quartal 2001 begannen sich die beiden Kurse dramatisch auseinander zu entwickeln, nachdem die Regierung trotz des Widerstandes des Finanzministers und wider allen ökonomischen Sachverstand erklärte, die Landeswährung nicht abzuwerten. Da die lokalen Firmen jedoch vielfach auf den Import von (in Devisen zu bezahlenden) Waren und Ersatzteilen angewiesen sind, trieb dies die Preise für viele Güter und Dienstleistungen in die Höhe. Die Treibstoffpreise wurden in 2001 insgesamt um über 90 Prozent erhöht, was allerdings auch auf die massive Korruption in der staatlichen Gesellschaft, die für dessen Einfuhr zuständig ist (NOCZIM), zurückzuführen ist. Die Inflation für 2001 erreichte für das Jahr 2001 mit offiziell 112,1 Prozent (inoffiziell ca. 150 Prozent) ihren höchsten Stand in der Geschichte des Landes.<sup>19)</sup> Über 400 Firmen mussten in 2001 schließen, weitere 350 reduzierten ihre Kapazitäten; insgesamt gingen ca. 10000 Arbeitsplätze verloren, die Arbeitslosenrate steht bei ca. 60 Prozent.<sup>20)</sup> Mit der offiziellen Rückkehr des Sozialismus und der Einführung von Preiskontrollen und Höchstpreisen für Grundnahrungsmittel meinte die Regierung, galoppierenden Preisen gegenzusteuern und zugleich politischen Rückhalt in

18) Vgl. den von Transparency International herausgegebenen *Global Corruption Report 2001*, im Internet veröffentlicht unter: [www.globalcorruptionreport.org](http://www.globalcorruptionreport.org).

19) Vgl. Central Statistical Office, *Annual Report 2001*.

20) Vgl. hierzu die Angaben der nationalen Handelskammer (Zimbabwe National Chamber of Commerce, ZNCC).

21) Vgl. entsprechende Äußerungen von Präsident Mugabe im Oktober 2001 zur offiziellen Einführung von Preiskontrollen. Vgl. die Controll to Goods (Price controls) regulations vom 2.11.2001.

22) Das Cotonou-Agreement, welches das Abkommen von Lomé von 1975 ersetzte, wurde am 23. Juni 2000 in Cotonou, der Hauptstadt Benins, nach fast zweijährigen Verhandlungen unterzeichnet. Es ist im Internet zu finden unter: [www.europa.eu.int/comm/development/cotonou](http://www.europa.eu.int/comm/development/cotonou).

der Bevölkerung zu gewinnen.<sup>21)</sup> Da die Erzeuger ihre Waren jedoch nicht unter dem Produktionspreis verkaufen konnten und viele ihre Firmen vorübergehend schlossen, führte dies zu einer Güterknappheit.

Als gravierendster Grund für den wirtschaftlichen Verfall muss jedoch das sog. Landreformprogramm der Regierung bezeichnet werden. Die Zwangsentziehung von kommerziellen Farmen hat nicht nur zu geschätzten 240000 arbeitslosen Farmarbeitern geführt, sondern auch aufgrund der Störungen beim Anbau von Mais und Getreide zu einer schlechten Ernte und einer hausgemachten Hungersnot, von der derzeit ca. zwei Millionen Simbabweer betroffen sind. Gerade die gewaltsamen Farmbesetzungen (sowie die generelle Missachtung von Recht und Gesetz) hat zu „Rechtsunsicherheit“ und massiven Desinvestitionen geführt. Intensive bilaterale Wirtschaftsbeziehungen pflegt Simbabwe derzeit nur mit Ländern wie Malaysia, Thailand, Vietnam und Libyen. Die im Cotonou-Vertrag zwischen der EU und den AKP-Ländern ausgehandelten Handelsprivilegien droht Simbabwe zu verlieren, da es die zugrunde liegenden essenziellen Elemente (vgl. Artikel 8) wie Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Prinzipien, gute Regierungsführung und nachhaltige Entwicklung nicht (mehr) erfüllt.<sup>22)</sup> Als Folge der Anarchie im Land ist der Tourismussektor fast gänzlich zum Erliegen gekommen, wichtige Deviseneinnahmen fielen aus. Brachten noch 1999 ca. 2,3 Millionen Besucher 201 Millionen US-Dollar ins Land, was ca. fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachte, so kamen 2001 deutlich weniger Besucher ins Land. Im ersten Halbjahr 2001 verlor die Tourismusbranche 42 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000, das bereits einen Verlust von 38 Prozent im Vergleich zu 1999 verzeichnen musste.

Während in Nachbarländern wie Mosambique und Botswana sowie Südafrika ein positives Wirtschaftswachstum erzielt wurde, musste Simbabwe in 2001 ein negatives Wirtschaftswachstum (Rezession) von offiziell 7,3, von inoffiziell 8,5 Prozent verzeichnen und gehört inzwischen zu den Ländern mit dem höchsten Investitionsrisiko weltweit. Betrachtet man den Staatshaushalt für 2002, so sind davon keine positiven und die Wirtschaft stimulierenden Aspekte zu erkennen; er kennzeichnet vielmehr die Prioritäten

der derzeitigen Regierung. Der Verteidigungshaushalt wurde erhöht auf insgesamt 14,5 Prozent des Gesamthaushalts, während das Gesundheitsministerium nur noch 9,5 Prozent des Gesamthaushalts erhält. Signifikant für das Wahljahr 2002 ist eine deutliche Erhöhung des Budgets für den Geheimdienst CIO um 142 Prozent. Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 2001 und die von der Regierung gesetzten Rahmenbedingungen für 2002 lassen für Simbabwe, wo 75 Prozent der Bevölkerung inzwischen unter der offiziellen Armutsgrenze leben, wenig Positives erwarten.

### ■ HIV/Aids

Mit HIV/Aids erlebt Simbabwe derzeit nicht nur eine menschliche Tragödie, sondern auch eine volkswirtschaftliche Katastrophe. Das Land verliert lt. offiziellen Angaben jede Woche 2000 Mitbürger, von denen viele zum Teil qualifizierte Arbeitskräfte sind. Bis zum Jahr 2005 wird durch HIV/Aids ca. zehn Prozent der „qualifizierten“ Arbeitskraft zerstört, 1,2 Millionen Menschen werden bis dahin an Aids gestorben sein, das sind zehn Prozent der Bevölkerung. Derzeit sind über 25 Prozent der Bevölkerung Simbabwes im reproduktiven Alter (15–49 Jahren) infiziert. Die United Nations Population Division hat für Simbabwe unter Fortschreibung der jetzigen Bedingungen für 2009 einen Rückgang der durchschnittlichen Lebenserwartung, die noch 1990 bei 60 Jahren lag, auf 27 Jahre prognostiziert.<sup>23)</sup> Die aktuelle Zahl der Aids-Waisen wird auf 1,1 Millionen geschätzt, 73 Prozent der Todesfälle werden auf Aids zurückgeführt. Simbabwe hat demnach eine der weltweit höchsten Infektionsraten an HIV/Aids. Bedauerlicherweise werden intensive Bemühungen gerade internationaler Hilfsorganisationen, die Pandemie einzudämmen, durch gezielte Vergewaltigungen unterminiert, die von den Kadern der „National Youth Brigade“ und den Kriegsveteranen unternommen werden, um die Bevölkerung einzuschüchtern, zu demoralisieren und für die Regierungspartei bei den bevorstehenden Wahlen zu gewinnen.

### ■ Die Landfrage

Simbabwe übernahm mit seiner Unabhängigkeit eine ausgezeichnete und sehr diversivierte wirtschaft-

23) Vgl. den United Nations Human Development Report 2001, Oxford University Press, New York 2001.

liche Infrastruktur, die u.a. eine Folge der Sanktionen gegen die einseitig erklärte Unabhängigkeit des Landes (Unilateral Declaration of Independence – UDI) von Großbritannien (1965–1979) waren. Als Relikt ehemaliger kolonialer Herrschaft wurde dem außergewöhnlich fruchtbaren und daher agrarwirtschaftlich erfolgreichen Land aber zugleich eine ungleiche Landverteilung hinterlassen, die es als Hypothek bis heute begleitet. Lösungsversuche hierfür ließen das Land zuletzt im Chaos versinken und stellen die eigentliche Ursache für die Hungersnot im Lande dar.

So umfasst Simbabwe Landfläche insgesamt 39 Millionen Hektar und ca. elf Millionen Hektar des fruchtbarsten Landes befinden sich im Besitz von 4500 weißen Großfarmern, während sich 16,4 Millionen Hektar meist weniger ertragreichen Landes im Gemeinschaftsbesitz von einigen Millionen schwarzer Kleinbauern befinden.<sup>24)</sup> Die obszöne Landverteilung wurde daher (übrigens regelmäßig vor Wahlen) in verschiedenen Anläufen thematisiert, um der landlosen Bevölkerung Ackerland zuzuteilen. Das ambitionierte Programm der Regierung (1990), bei dem man versuchte, 162000 Familien auf 8,3 Millionen Hektar neu anzusiedeln, musste trotz massiver britischer Unterstützung aus Geldmangel (aufgrund von Korruption und Inkompetenz) eingestellt werden. Während dabei zwar 71000 Familien ein kleines Stück Land erhielten, „erwarben“ zahlreiche Minister Großfarmen, die heute großteils brach liegen. 1998 lud die Regierung schließlich zu einer „Geberkonferenz“ nach Harare ein, um eine Lösung zu erarbeiten. Erstmals wurde hier das „Development Programme“ der Vereinten Nationen (UNDP) einbezogen, das seitdem eine Vermittlerrolle zu spielen versucht. Die 1998 vorgelegten Vorschläge wurden jedoch von der Regierung als zu akademisch zurückgewiesen und das Problem vertagt. Als im Jahr 2000 ein Entwurf für eine neue Verfassung, der von großen Teilen der Zivilgesellschaft unterstützt wurde, eine Bedrohung für den Vorschlag der Regierung wurde, schlug diese kurzerhand die entschädigungslose Enteignung von „weißen“ Großfarmen vor. Obwohl der Entwurf der Regierung in einem Referendum im Februar 2000 zurückgewiesen wurde, änderte diese die Verfassung<sup>25)</sup> und startete ihr „Landreformprogramm“, wonach ursprünglich fünf Millionen Hektar, später

24) Im Übrigen sind 4,9 Millionen Hektar Parklandschaft.

25) Es wurde Paragraph 16 A in die Verfassung aufgenommen, wonach die Regierung Simbawes keine Kompensation für enteignetes Land zu gewähren braucht, wenn die britische Regierung es versäumt, einen angemessenen und ausreichenden Fond einzusetzen.

8,3 Millionen Hektar des kommerziellen Großfarmlandes zur Umsiedlung zwangsenteignet werden sollten. Vorschläge der Großfarmer und Offerten von fünf Millionen Hektar wurden von der Regierung zurückgewiesen mit der Begründung, man sei selbst in der Lage, das Problem auf eigene Weise zu lösen. Zunächst 3100, später über 4500 Farmen wurden „gelistet“, d.h. standen offiziell auf einer Liste zur Zwangsenteignung. Investitionsschutzabkommen (wie mit Deutschland abgeschlossen) änderten ebenso wenig daran wie Protestnoten und Interventionen von Botschaften.

Bedenken des Obersten Gerichts des Landes (Supreme Court) zur Verfassungsmäßigkeit wurden dadurch gelöst, dass man, wie schon erwähnt, den damals noch amtierenden weißen Chief Justice Anthony Gubbay im März 2001 zum Rücktritt veranlasste. Mit Godfrey Chidyausiku wurde ein der Regierung nahestehender Richter sein Nachfolger im höchsten Richteramt. Ferner legitimierte das Parlament das „Landreformprogramm“ mittels eines Gesetzes vom Mai 2001 (Rural Occupiers [Protection from Eviction] Act). Demnach kann kein Besetzer von „seinem“ Land verwiesen werden. Mit dieser Rückendeckung wurde das von Mord und Totschlag gekennzeichnete und chaotisch durchgeführte Zwangsumsiedlungsprogramm intensiviert. Daran hat auch ein Abkommen (Abuja-Agreement) vom September 2001 nichts geändert, das Präsident Obasanjo von Nigeria zwischen den Regierungen von Simbabwe und Großbritannien vermittelt hatte. Das Abkommen sah vor, dass die britische Regierung einen substanziellen Beitrag zum „Landreformprogramm“ beisteuert, wenn dies in einer fairen, gerechten und nachhaltigen Weise geschieht und innerhalb der Gesetze und der Verfassung Simbawes.<sup>26)</sup> Der neue oberste Richter des Landes bestätigte in einem Richterspruch im Oktober 2001, dass die Regierung Simbawes mit ihrem Landreformprogramm fortfahren könne, da es auf friedliche Weise und im Einklang mit den Gesetzen des Landes stattfinde. Damit gab er indirekt der britischen Regierung Schuld an der Nichteinhaltung des Abkommens und verlieh dem Zwangsumsiedlungsprogramm sogar noch höchstrichterliche Lorbeeren (als Feigenblatt für die internationale Öffentlichkeit).

26) Der Wortlaut des Abuja-Agreements ist im Internet veröffentlicht u.a. unter: [www.mweb.co.zw/hub/news/2001/september/07\\_agreement.php](http://www.mweb.co.zw/hub/news/2001/september/07_agreement.php).

Gegen Ende des Jahres 2001 waren 4559 Farmen mit einer Fläche von insgesamt 8,3 Millionen Hektar offiziell auf einer Liste zur Zwangsenteignung veröffentlicht. Nur wenige Farmen wurden von der ursprünglichen Liste genommen, weil entweder Schmiegelder gezahlt wurden oder man feststellte, dass die Farm offiziell einem Regierungs- oder Parteivertreter gehörte.

Die enteigneten Farmen sollten nach zwei verschiedenen Modellen und in zwei Stufen behandelt werden. In einer ersten Stufe (Modell A 1) wurden 3178 Farmen mit 6,2 Millionen Hektar Land neu besiedelt, wobei 160022 Haushalte profitieren sollten. Das Modell richtet sich an jene, die *in Communal land*, auf sogenanntem Gemeinschaftsland, lebten und mehr oder weniger Subsistenzwirtschaft betrieben, also ohne kommerzielle Interessen für den eigenen Bedarf Agrarprodukte anzubauen. Dieses Modell A 1, das von Kriegsveteranen und ZANU-PF-Parteifunktionären koordiniert wurde, muss als chaotisch, völlig planlos und vor allem brutal bezeichnet werden. Menschen wurden willkürlich aus ihren bisherigen Lebensräumen mit zumindest basaler Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäusern gerissen mit dem Versprechen, fruchtbares Farmland zu erhalten und die Unterstützung seitens der Regierung, um erforderliche Maschinen, Werkzeuge und Saatgut zu erhalten. Von den zugesagten 15,5 Milliarden Zimbabwew-Dollar der Regierung sind bis Ende 2001 angeblich sechs Milliarden hierfür verwendet worden, ohne allerdings bei den Betroffenen anzukommen. Derzeit leben einige Hunderttausend Menschen ohne Zugang zur versprochenen Infrastruktur wie in der Steinzeit im Busch.

Das Modell A 2 lief offiziell zum Januar 2002 an; die verbleibenden Farmen mit insgesamt 2,1 Millionen Hektar sollten an insgesamt 7000 schwarze kommerzielle Farmer übergeben werden. Die Liste jener, die nach dem Modell A 2 das beste Farmland erhielten, liest sich wie der „Who is Who“ der Regierungspartei ZANU-PF. Diese ließ sich das Modell sogar vom Parlament legalisieren und damit verbunden die Ausweisung der dort residierenden Farmer. Ihnen wurde am 12. November eine Frist von 90 Tagen gegeben, ihre Farm gänzlich zu verlassen; in der Zwischenzeit wurde ihnen jegliche Farmarbeit verboten

und sie dürfen das Farmhaus nicht verlassen, sprich leben unter Hausarrest bis zum Verlassen ihres ehemaligen Eigentums.<sup>27)</sup> Agrargüter und Hausrat in Millionenhöhe wurde von Kriegsveteranen unter den Augen der Polizei geplündert und auf Auktionen öffentlich versteigert.

Von einem transparenten Bewerbungs- oder gar Verteilungsverfahren um bzw. von Land kann nicht gesprochen werden und die Verteilung bzw. Vergabe von Land muss als Klientelismus bezeichnet werden, womit sich die Regierung die Unterstützung für die Präsidentschaftswahlen zu sichern versucht. Deshalb haben nicht nur hochrangige Parteifunktionäre (z.T. von Morddrohungen begleitet) Farmen an sich gerissen; auch den einfacheren Rängen in Armee und Polizei wurde nach dem Modell A 1 ein Stück Land zugewiesen, um sich Loyalität während der Stimmabgabe, aber auch für die heikle Zeit danach zu erkaufen.

Es besteht ein breiter Konsens in Simbabwe, dass die derzeitige Verteilung des fruchtbaren Farmlandes nicht gerecht ist und einer dringenden Lösung bedarf. Allerdings findet sich außerhalb der ZANU-PF, die dieses Land als ihr Quasi-Eigentum betrachtet und an ihre Mitglieder verschachert, kaum jemand, der die praktizierte Methode der sog. Landreform gutheißt. UNDP hatte sich wie im Abuja-Agreement erneut bereit erklärt, einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten. Im November 2001 kam ein *technical team* nach Simbabwe, um sich ein Bild vor Ort zu machen. Die britische Regierung hat einer Lösung, die von UNDP erarbeitet wird, substanzielle Unterstützung zugesagt. Ein entsprechender Bericht über die derzeitige Landreform wurde laut Presseberichten am 5. Februar dem Präsidenten übergeben. Er enthält harsche Kritik an der Art und Weise, wie die Regierung die Landreform durchgeführt hat, und hält diese für nicht nachhaltig.<sup>28)</sup>

Die sogenannte Landreform in Simbabwe hat das Land innerhalb weniger Monate in seine schwerste wirtschaftliche Krise seit seinem Bestehen gestürzt. Von geschätzten 360 000 Farmarbeitern (mit ihren Familien insgesamt ca. zwei Millionen Menschen) wurden ca. 240 000 arbeitslos. Die Landwirtschaft als die Hauptdeterminante wirtschaftlicher Stärke in Simbabwe<sup>29)</sup> erwirtschaftete bisher jeweils ca. 80 Prozent

27) Vgl. Amendments to the Land Acquisition Act (12. November 2001).

28) Vgl. Einen entsprechenden Artikel in der *Financial Gazette* vom 7. Februar 2002.

29) Vgl. *Economist Intelligence Unit*, Country Profile: Zimbabwe, December 2001.

des Bruttoinlandsproduktes, ca. 20 Prozent unmittelbar (durch Landwirtschaft), ca. 60 Prozent (indirekt) durch agrobasierte Industrien. Der Tabakanbau als zweitwichtigster Devisenbringer (mit ca. 30 bis 40 Prozent aller Deviseneinnahmen) ist massiv in Mitleidenchaft gezogen. Die Deviseneinkünfte des Landes verringerten sich um ca. 30 Prozent; die Devisenbestände des Landes reichen kaum länger als einige Tage. Seit den Farmbesetzungen nimmt das Land fast keine Devisen mehr ein, die für den Import von Treibstoff, Energie und Ersatzteilen v.a. für die Agrar- und Minenindustrie, von der viele Arbeitsplätze abhängen, von elementarer Bedeutung sind. Die Farmbesetzungen hatten nicht nur eine Verringerung kommerziell bewirtschafteten Farmlandes von 8,1 auf 3,1 Millionen Hektar<sup>30)</sup> zur Folge, sondern auch eine deutlich geringere Ernte, die mit 1,5 Millionen Tonnen Mais ca. 28 Prozent geringer war als im Vorjahr. Laut Angaben der Food Agricultural Organisation (FAO) benötigt das Land ca. 500 000 Tonnen Mais, um eine Hungerkatastrophe zu vermeiden.<sup>31)</sup> Die Regierung betonte über Monate hinweg, dass die Maisbestände ausreichend seien, und importiert inzwischen Mais aus Südafrika, wohin man bis dato exportiert hatte. Zahlreiche internationale Hilfsorganisationen haben sich bereit erklärt, Lebensmittel in betroffenen Gebieten zu verteilen. Die Organisationen werden aber entweder von Kriegsveteranen physisch daran gehindert und z.T. Lager geplündert, um Bestände an Parteigenossen zu geben; oder der vom Präsidenten ernannte Provinzgouverneur verbietet, Hilfslieferungen außerhalb der Infrastruktur der ZANU-PF-Regierungskanäle zu verteilen. Die Folge ist eine Verschärfung der Hungersnot. Der spärliche Maisrest, der noch in der offiziellen Regierungsstelle (Grain Marketing Board, GMB) zur Verfügung steht, wird nur nach Vorlage der Parteimitgliedskarte von ZANU-PF vergeben. Frisch geerntete Maisbestände auf Farmen werden sofort konfisziert und über das GMB entsprechend verteilt. Da in diesem Jahr die Regenfälle spärlich und in einigen Regionen seit Wochen ausgeblieben sind, sind die Menschen mehr denn je auf internationale Nahrungsmittellieferungen angewiesen. Doch noch weigert sich die Regierung starrsinnig, Lebensmittel über Nichtregierungsorganisationen verteilen zu lassen

30) Vgl. entsprechende Informationen der Commercial Farmers Union auf: <http://site.mweb.co.zw/cfu/news>.

31) Vgl. das Presse-Statement der Food and Agriculture Organisation of the United Nations vom 24. Januar 2002, vgl. [www.fao.org](http://www.fao.org).

und hat beispielsweise CARE Zimbabwe angewiesen, nichts an Anhänger der Opposition sowie an deren Kinder zu verteilen.

## ■ Internationale Beziehungen

Simbabwes internationale Reputation hat zu Beginn 2002 wohl seinen historischen Tiefstand erreicht. Hatte das Land aufgrund seiner sozialistischen Ausrichtung sehr gute Kontakte zu den ehemaligen Staaten des Ostblocks und war aufgrund seiner früheren stabilen politischen wie wirtschaftlichen Ordnung ein hochangesehener Partner in der Region und auf dem gesamten Kontinent, so befindet es sich in Aufzählungen nunmehr in der Gesellschaft sog. Schurkenstaaten wie Libyen und Irak. War Mugabe 1980 mit dem Ruf nach nationaler Wiederversöhnung auch international populär geworden, gerät er heute eher durch verbale Entgleisungen und Simbabwe durch zahlreiche Menschenrechtsverbrechen und Übergriffe auf die Opposition in die internationalen Schlagzeilen. Das teure militärische Engagement Simbabwes in der DR Kongo, das weniger einen friedenserhaltenden Beitrag Simbabwes darstellt als vielmehr den wirtschaftlichen Interessen von Mugabe und seinen Gefolgsleuten dient, stößt international auf heftige Kritik und wurde selbst vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen deutlich kritisiert. Die gewaltsamen Landenteignungen und -besetzungen sowie deren negative sozio-ökonomische Folgen stießen auf wenig internationales Verständnis. Die negativen wirtschaftlichen Folgen für das Land bis hin zu einer hausgemachten Hungersnot sind bekannt und die Gefahr eines hiervon ausgehenden potenziellen Flächenbrands im südlichen Afrika vielen präsent. Aufgrund seiner strategischen Lage ist Simbabwe das Herz dieser Region und der Southern African Development Community (SADC). Jede Erschütterung im Epizentrum der Region führt zu deutlichen Ausschlägen auf den Seismographen der Nachbarländer. Gerade Südafrika bekam die Folgen der Krise in Simbabwe zu spüren, die Währung verlor 2001 vor allem deshalb ca. 25 Prozent ihres Wertes. Die Animosität zwischen Mugabe, dem ehemaligen unangefochtenen Star der Region, und Südafrikas Präsident Mbeki ist offensichtlich, letzterer bemüht sich

dennoch mit „soft diplomacy“ ersteren zur Vernunft zu bringen und weiteren Schaden zu vermeiden. Mugabe findet inzwischen selbst bei seinen afrikanischen Kollegen in der SADC wenig Unterstützung für seine Menschenrechtsverletzungen und den Umgang mit der Opposition und wird von seinen Kollegen durchaus kritisiert. Treffen der Präsidenten der SADC-Länder im August 2001 in Beira und im September 2001 in Harare führten jedoch zu keinem Ergebnis. Mugabe beteuerte zwar jedes Mal die Wichtigkeit von Menschenrechten, die Einhaltung von Recht und Gesetz und demokratischen Gepflogenheiten; die Zahl der ermordeten Oppositionellen steigt jedoch von Mal zu Mal und die Repression nimmt von Monat zu Monat zu. Bei einem Gipfeltreffen im Januar 2002 in Blantyre drückten die SADC-Führer Bedenken gegenüber einem Statement von Armeegenerälen aus, faktisch nur einen Wahlsieger, nämlich Mugabe, anzuerkennen und ihm gegenüber loyal sein zu wollen. Mugabe beteuerte in Blantyre erneut, freie und faire Wahlen durchzuführen und Menschenrechte zu akzeptieren. Nur eine Woche später trat allerdings ein drakonisches Gesetz mit seiner Unterschrift in Kraft, das der Polizei weitreichende Repressionen gegenüber der Opposition und der Zivilgesellschaft ermöglicht und bei Massendemonstrationen den Einsatz von Schusswaffen durch die Polizei legalisiert. Die Zahl ermordeter, gefolterter und verschwundener Oppositioneller hat im Januar bezeichnenderweise einen traurigen Höhepunkt erreicht. Die zahnlosen Tiger der Region wollen mit dem Fall Mugabe möglicherweise offensichtlich keinen Präzedenzfall schaffen, der einmal auf sie selbst angewandt werden könnte. Es steht zu erwarten, dass die SADC und deren Wahlbeobachter, von einigen kritischen Kommentaren abgesehen, eine von der Regierung „gestohlene“ Wahl anerkennen werden, auch wenn man bereits jetzt schon festhalten kann, dass die von der SADC selbst aufgestellten Minimalkonditionen für freie und faire Wahlen nicht erfüllt sind.<sup>32)</sup>

32) Vgl. die SADC Parliamentary Forum Electoral Recommendations vom März 2001, zu finden u.a. auf: [www.zwnews.com/print.cfm?ArticleID=2921](http://www.zwnews.com/print.cfm?ArticleID=2921).

Auch Politiker des Commonwealth versuchten in zahlreichen Anläufen, Simbabwe politische Brücken zu bauen und sie aus der internationalen Isolation herauszuführen. Ein Komitee von Außenministern stellte im Oktober in Harare zum Erstaunen der hiesigen Zivilgesellschaft sogar einen Fortschritt in der

Implementierung des in Abuja unterzeichneten Abkommens fest und betonte die Wichtigkeit fortgesetzter Konsultationen mit UNDP. Nachdem die Regierung Simbabwes sich nicht auf eine Einladung der Commonwealth Ministerial Group (CHOMG) einigen konnte, traf diese sich im Dezember 2001 in London. Sie befürwortete zwar das Abuja-Agreement, übte jedoch auch heftige Kritik an der fortgesetzten Gewalt und der Einschränkung der Unabhängigkeit der Medien. Die Situation in Simbabwe konstituierte eine ernste Verletzung der fundamentalen politischen Werte, die in der Commonwealth Deklaration festgeschrieben sind. In einem Treffen der Commonwealth Ministerial Action Group (CMAG) Ende Januar 2002 wurde über einen Ausschluss von Simbabwe aus seinen Reihen diskutiert. Der Vorschlag, für den Simbabwes Regierung in ihren Zeitungen nur höhnisches Gelächter übrig hatte, fand schließlich auch nicht die notwendige Mehrheit. Lediglich ernste Bedenken wurden geäußert wegen der Zunahme an Menschenrechtsverletzungen und den jüngsten drakonischen Gesetzen. Es bleibt zu hoffen, dass die ca. 40 Personen umfassende Delegation der Wahlbeobachter des Commonwealth unter der Leitung des ehemaligen nigerianischen Staatspräsidenten Abubakar die Bedingungen der Präsidentschaftswahlen richtig einschätzen und in einem entsprechenden Statement kundtun.

Die Europäische Union, mit der sich Simbabwe im Cotonou-Abkommen nicht nur auf Handelsprivilegien verständigt hatte, sondern auch auf fundamentale politische Grundwerte, wurde trotz intensiven Drängens bis hin zur Androhung von Sanktionen bis dato nicht offiziell zur Wahlbeobachtung eingeladen. Diese jüngste Verweigerungshaltung Simbabwes markiert einen Tiefpunkt der Beziehungen, die sich seit Juni 2000 kontinuierlich verschlechterten. Die im Cotonou-Abkommen vorgesehenen diplomatischen Prozeduren, durch Dialog einen Ausschluss von dem EU-AKP-Abkommen abzuwenden, sind de facto ausgeschöpft. Das Europäische Parlament hatte in insgesamt sechs Resolutionen auf die Situation in Simbabwe aufmerksam gemacht und zuletzt gezielte „intelligente“ Sanktionen wie Reiseeinschränkungen und das Einfrieren von Vermögen von Mugabe und seinen Gefolgsleuten gefordert. Das General Affairs

Council (GAC) des Europäischen Rates hat am 28. Januar 2002 in seinen Schlussfolgerungen resümiert festgestellt, dass die im Artikel 9 des Abkommens von Cotonou vorgesehenen Dialogmaßnahmen ebenso erfolglos blieben wie der intensive Dialog unter Artikel 96 die Situation nicht verbessern konnten. Die EU entschloss sich daher, Sanktionen gegen Simbabwe zu implementieren, wenn man die ca. 150-köpfige EU-Wahlbeobachtermission behindert, die internationale Presse und die Medien daran hindert, über die Wahlen zu berichten, sich die Menschenrechtslage im Land verschlimmert oder die Wahlen als nicht frei und fair eingeschätzt werden können.<sup>33)</sup>

33) Vgl. den Bericht des General Affairs Council unter: [www.europa.eu.int](http://www.europa.eu.int).

Gezielte Sanktionen gegen Mugabe und seine Gefolgsleute, nicht gegen Simbabwe als Land, wurden nicht nur von der EU, sondern auch von den USA angedroht. Nach langen Diskussionen wurde im Dezember 2001 schließlich das als Zimbabwe Democracy Bill bezeichnete Gesetz verabschiedet und vom Präsidenten unterschrieben. Die Sanktionsdrohungen des offiziell als „Zimbabwe Democracy and Economic Recovery Bill“ bezeichneten Gesetzes sind allerdings eingebunden in ein Angebot weitreichender wirtschaftlicher Hilfestellungen an das krisengeschüttelte Land, wenn es universal gültige Konditionen und Kriterien wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Ausrichtung und gute Regierungsführung zu erfüllen bereit ist. Die Auflistung der Vermögenswerte von verantwortlichen Politikern hat bereits begonnen und Reisebeschränkungen können jederzeit vom amerikanischen Präsidenten verhängt werden, dem weitreichende Handlungsspielräume mit diesem Gesetz von Senat und Repräsentantenhaus gegeben wurden. Durch das konditionierte Angebot großzügiger Entwicklungshilfe durch die USA obliegt es nun den Verantwortlichen in Simbabwe, private Machtinteressen dem nationalen Interesse unterzuordnen. Anzeichen dafür sind jedoch vor den Präsidentschaftswahlen nicht erkennbar.

### ■ Ausblick

Internationale Anstrengungen, diplomatische Prozeduren und Sanktionsandrohungen scheinen selbst politische Führer ungerührt zu lassen, die einmal als Hoffnungsträger vom Westen gefeiert und massiv un-

terstützt wurden, zuletzt aber degeneriert sind zu machtversessenen Potentaten und rücksichtslosen Machiavellisten. Das Beispiel von Simbabwe hat gezeigt, dass über Jahre hinweg gewährte finanzielle und technische Zusammenarbeit mit einem Land eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für nachhaltige Entwicklung darstellt. Ist sie nicht eingebunden in ein konsistentes Maßnahmenpaket, das gerade die politischen Rahmenbedingungen berücksichtigt und positiv stimuliert, können jahrelange intensive Bemühungen innerhalb weniger Monate zunichte gemacht werden. Am Fallbeispiel Simbabwe zeigt sich die Notwendigkeit einer starken und aktiven Zivilgesellschaft, die grundsätzlich noch größerer Aufmerksamkeit bedarf und deren Stimme im Konzert der Zielgruppen von Entwicklungszusammenarbeit nicht untergehen darf. Auch und gerade wenn ein jahrelanges Schwerpunktland deutscher Entwicklungszusammenarbeit zum nicht länger tragbaren Partnerland absinkt und möglicherweise fallengelassen wird, weil es den Minimalkriterien nicht mehr genügt, scheint es wichtig, dazu beizutragen, die Bedingung der Möglichkeit zu schaffen oder zu erhalten, dass es eine nachhaltige und konstruktive Entwicklung politischer Rahmenbedingungen gibt.

Das Manuskript wurde am 8. Februar 2002 abgeschlossen.